

WIE GEHT'S MIT DEM NACHBARN?

KOOPERATIONSMODELL FÜR INTERKOMMUNALE BETRIEBSGEBIETE.

Im Beitrag „Gemeindeübergreifende Raumplanung“ und im Bericht über eine Veranstaltung zum Thema „Interkommunale Betriebsgebiete“ in Salzburg wurden generell die Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit dargestellt. Als Grundvoraussetzung für die Umsetzung interkommunaler Standortkooperationen vor allem hinsichtlich der Entwicklung gemeinsamer Betriebsgebiete ist jedoch ein leicht handhabbares Kooperationsmodell zu entwickeln, das insbesondere organisations- und abgabenrechtlich abgesichert sein muss.

Nachdem die Entwicklung von gemeindeübergreifenden Betriebsgebieten einen wesentlichen Beitrag für die Erhaltung der Standortqualität Niederösterreichs darstellt, kommt der niederösterreichischen Regionalen Entwicklungsagentur Eco Plus GmbH eine zentrale Rolle in der Aufbereitung eines solchen Kooperationsmodells zu. Dieser Rolle gerecht werdend, hat Eco Plus eine Reihe von Fachgutachten zum Thema eingeholt und die Ergebnisse am 3. Oktober 2001 im Rahmen eines Plus Forums einem breiten Publikum präsentiert. Die Ergebnisse dieser Gutachten seien im Folgenden kurz wiedergegeben.

DIE VORAUSSETZUNGEN.

Mag. Tilman Brandl (Österreichische Arbeitsgemeinschaft für eigenständige Regionalentwicklung – ÖAR) erläuterte die notwendigen Voraussetzungen für erfolgreiche interkommunale Standortkooperationen. Hier sind insbesondere zu nennen:

- Es muss Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit aller beteiligten mit entsprechendem Engagement geben.
- Die organisatorischen Fragen sind zu klären, insbesondere die Rahmenbedingungen in rechtlicher und finanzwirtschaftlicher Hinsicht, sowie die Ausgestaltung der Kooperation.
- Ein realistischer Projektansatz ist zu wählen, der professionell konzeptualisiert, vorbereitet und stufenweise umgesetzt wird. Dabei werden sich die Kooperationspartner realistischere auf regionale Investoren zu beschränken haben. Der „reiche Onkel aus Amerika“ ist in den meisten Fällen bloß ein unrealistischer Traum.

STRATEGIEENTWICKLUNG.

Mag. Stefan Rankl (Managementzentrum St. Gallen) betonte die zentrale Rolle der Strategieentwicklung als Voraussetzung für den Erfolg eines solchen Kooperationsprojektes und stellte ein gemeinsam mit Eco Plus entwickeltes Modell vor, in welchem sowohl die direkten wirtschaftlichen Effekte, wie Grunderlöse oder erzielbare Abgaben, als auch die indirekten wirtschaftlichen Effekte, wie beispielsweise die neuen Arbeitsplätze oder die induzierte Wertschöpfung in der Region in einem zeitlichen Verlauf simuliert und abgeschätzt werden können. Er riet unbedingt dazu, mehrere Szenarien zu schätzen, insbesondere auch eine optimistische und eine pessimistische Variante in die Bewertung der künftigen Entwicklung des Betriebsgebietes einfließen zu lassen.

DIE RECHTLICHE ABSICHERUNG.

Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer (Universität Wien) erläuterte die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Bildung von Gemeindeverbänden für die Einhebung von spezifischen Abgaben. Die Abgabenhöhe kann sich auch auf ein ganz spezielles, abgegrenztes Gebiet – nennen wir es das „Kooperationsgebiet“ (für die Kreation dieses Begriffes dankt der Autor Hrn. Bgm. Karl Stich aus Leobendorf) – beschränken.

STICHWORT FINANZEN.

Mag. Gottfried Schellmann (KPMG Niederösterreich Wirtschaftstreuhand GmbH.) erläuterte die Vorteile des Gemeindeverbandsmodells im Hinblick auf das Abgaben- und Finanzausgleichsrecht: eines der Haupthindernisse bei der Entwicklung eines gemeinsamen Betriebsgebietes stellt die Auswirkung der veränderten Kommunalabgabe auf die Finanzkraft der Standortge-

meinde mit ihrer Abgabenhöhe dar, die wiederum Auswirkungen auf die Landesbeiträge hat (steigt mit den vorgeschriebenen Kommunalabgaben auch die Gemeindefinanzkraft, so sinken die Landesbeiträge, wobei sich oftmals sogar ein negativer Saldo ergeben kann). Bei einer Beteiligung mehrerer Gemeinden an einem gemeinsamen Betriebsgebiet im Rahmen zivilrechtlicher Vereinbarungen werden die Abgaben von der Standortgemeinde eingehoben. Die Weiterleitung der Anteile an die Beteiligungsgemeinden wird bei der Standortgemeinde nicht in jenem Sinne budgetwirksam, dass auch die Ermittlung der Finanzkraft auf diese Aufteilung des Abgabenerfolges reagieren würde. Somit können zwar die Investitionslasten und die Abgaben auf alle beteiligten Gemeinden aufgeteilt werden, nicht aber die einnahmendämpfenden Effekte auf die finanzkraftabhängigen Landesbeiträge – ein erheblicher Nachteil für die Standortgemeinde. Die Lösung besteht hier im Verbandsmodell, in dem auch diese Effekte auf alle beteiligten Gemeinde gerecht verteilt werden können. Daneben gibt es auch hinsichtlich der Steuerpflichtigkeit Vorteile für das Verbandsmodell.

LASST UNS ZUSAMMEN ARBEITEN!

Wir wissen mittlerweile nicht nur, dass gemeindeübergreifende Kooperation bei der Entwicklung von Betriebsgebieten sinnvoll ist, wir wissen auch, wie es geht und vor allem wie es am besten geht. Packen wir´s also an.

Ansprechpartner für weitere Informationen bei Eco Plus:

*Mag. Petra Patzelt
Tel: 01/513 78 50-33
p.patzelt@ecoplus.at*

*Mag. Carla Schmir
Tel: 01/513 78 50-52
c.schmir@ecoplus.at*

*DIPL.-ING. GILBERT POMAROLI
ABTEILUNG RAUMORDNUNG UND REGIONALPOLITIK, ST. PÖLTEN*